

Die „Vorblätter“ enthalten morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einen Band. Der Verkaufspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im vorerw. Jahrgang von den Vertriebsstellen abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Ortsnamen bezogen für Deutschland und Österreich 10,50 M., für das übrige Ausland 11,50 M. Einschließlich Postumschlag, von Brief für Deutschland und Österreich 10,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 8-9.

Die abendliche Monatshefte über deren Raum kostet 6,- M. einschließlich Postumschlag. Kleine Anzeigen: Das jederdruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zeichnungsgeld. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,00 M. pro Zeile. Stellen-Angebote in Werbeführern: das jederdruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4510 4803, 4035, 4040, 4022.

STREIF

Berliner Organ
der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Krisenstimmung in Polen

Der Krieg als Retter!

III. Warschau, 13. Oktober.

Am 13. d. Mts. fand eine längere Besprechung des Ministerrats über die polnisch-litauische Angelegenheit und die Einnahme von Wilna statt. Es wurde eine Antwortnote der polnischen Regierung an die Regierung Mittellitauens abgeschickt, in der mitgeteilt wird, daß das Oberkommando ein Verfahren gegen General Jeligowski eingeleitet hat. Die polnische Regierung wird eine Antwort auf den Vorschlag, eine Delegation zur Verhandlung mit der Regierung Mittellitauens abzuschicken, erst dann erteilen, wenn sie die Garantie erhält, daß der Bevölkerung Mittellitauens die absolute Möglichkeit gegeben wird, ihren freien Willen in der Frage der Staatsangehörigkeit zu äußern. Wenn die Regierung in Kowno irgendwelche Schritte unternimmt, welche die freie Willensäußerung der Bevölkerung verhindern, würde sich die Regierung der polnischen Republik zur Intervention gezwungen sehen.

Diese Erklärung der polnischen Regierung ist sehr gewunden. Auf der einen Seite wird versucht, den Gewaltstreik des Generals Jeligowski als Privatleistung zu bezeichnen, auf der anderen Seite bedroht Polen das vergebliche Litauen mit einer Intervention. Angesichts einer solchen Sachlage bleibt die Tatsache bestehen, daß Polen den Streik auf Wilna billigte und daß es nur nach einem Ausweg sucht, um eine rechtliche Grundlage für die Annexion zu finden.

Der Rat des Völkerbundes sieht die Lage als sehr ernst an. In einer Unterredung mit Luberowski teilte der Präsident ihm die Empfindungen mit, mit denen die Mitglieder des Völkerbundes die Nachricht der Besetzung Wilnas durch polnische Truppen trotz des geschlossenen Waffenstillstandes, ausgenommen hätten. Die Besetzung Wilnas sei eine Verletzung der mit dem Völkerbund getroffenen Abmachungen. Falls Wilna nicht sehr bald geräumt werde, werde der Rat sich gezwungen sehen, zusammenzutreten, um die Lage, die als sehr ernst betrachtet wird, zu prüfen.

Mittlerweile haben sich auch die inneren Schwierigkeiten Polens gesteigert. Es ist beschlossen worden, neben dem Parlament noch ein Herrenhaus zu errichten, um die Vorherrschaft der Junker zu sichern. Der Warschauer Arbeiterdelegiertenrat hat darauf beschlossen, zum Zeichen des Protestes gegen die Einführung des Herrenhauses in der polnischen Konstitution am 18. Oktober den allgemeinen Streik zu proklamieren. Die Eisenbahner stehen bereits seit einigen Tagen im Streik. Er umfaßt die Eisenbahndirektionen Warschau, Radom, Lichenstokau, Lemberg,

Krakau und Siedlce. Der Zugverkehr ruht vollständig. Die Lage wird als sehr ernst angesehen, da die Hauptstadt durch den Streik vollständig von allen Lebensmittelfuhrern abgeschnitten ist. Den ganzen gestrigen Tag haben Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung und den Eisenbahnbediensteten stattgefunden. Die Forderungen der letzteren betreffen hauptsächlich eine Lohnerhöhung.

Der Streik ist Gegenstand einer Beratung im Präsidium des Ministerrats gewesen. Ein endgültiges Ergebnis ist bisher noch nicht erzielt worden, wohl aber scheint sich aus dem Streik eine Ministerkrise zu ergeben, denn es soll eine teilweise Rekonstruktion des Ministeriums bevorstehen. Der Eisenbahnminister Bartel, der Finanzminister Graboski und der Unterrichtsminister Kateri sollen die Absicht haben, zurückzutreten.

Aus allen diesen Meldungen geht hervor, daß Polen sich in einer schweren inneren Krise befindet. Auch Polen vermag nicht die Schwierigkeiten zu bannen, die der Weltkrieg ausgerollt hat. Es fürzt sich deshalb in kriegerische Abenteuer, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von diesen Schwierigkeiten abzulenken. Aber der Krieg wird diese Schwierigkeiten nicht überwinden können, sondern das Chaos weit eher noch steigern.

Kopenhagen, 14. Oktober.

Der „Berlingske Tidende“ wird aus Kowno telegraphiert: Der litauische Generalkommandant teilt mit, daß lettische Truppen gestern bei einem plötzlichen Vorstoß die Station Selowka an der Eisenbahnlinie Libau—Dünaburg besetzten und gleichzeitig unter Drohung der Entwaffnung die sofortige Räumung des ganzen übrigen von Litauen besetzten Teils des früheren Gouvernements Kurland, des sogenannten Jiluzi-Bezirks, gefordert haben. Dieser Schritt kommt den Litauern um so überraschender, als Lettland kürzlich ein Abkommen mit Litauen unterzeichnet hat, wonach das Schicksal dieses Gebietes durch Schiedsgericht entschieden werden soll.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Polen die litauische Stadt Swenzanang besetzt haben und auf litauischem Gebiet nordwärts vorrücken, in der vermeintlichen Absicht, mit den lettischen Truppen im Kurzgebiet in Verbindung zu treten. Litauen wird vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen. Es mobilisiert aus voller Kraft. Ehe es jedoch sein Heer anwendet, will es feststellen, mit wem es kämpft. Litauischerseits wird betont, daß die Polen in Wilna die gleiche Taktik anwenden wie die Bolschewisten, als diese bei der Besetzung von Wilna Volkskommissare von litauischer Abstammung an die Spitze der Gebietsverwaltung stellten.

Nationalkonferenz der Grubenarbeiter hat mit 154 gegen 27 Stimmen beschlossen, daß der Termin der Streikankündigung am Sonnabend ablaufen soll. Nach dem ganzen bisherigen Verlauf der Bewegung und nach gegenwärtig vorliegenden Anzeichen zu urteilen, dürfte indes das letzte Wort zur friedlichen Beilegung des Konfliktes noch nicht gesprochen sein.

Südslawischer Einmarsch in Kärnten Ein neuer imperialistischer Vergewaltigungstreich

Die Befürchtungen der deutschen Kärntner scheinen sich zu erfüllen. 24 Stunden nach der Verkündung des deutschen Abstimmungsbeschlusses sind in den Südtell des Landes (Zone A) zwei südslawische Bataillone einmarschiert. Nach einer Meldung des WBA hat die Abstimmungskommission energische Maßnahmen getroffen, indem sie sofort ihre bisherige bloß kontrollierende Tätigkeit in eine Verwaltungstätigkeit verwandelt hat.

Die jugoslawische Regierung scheint inzwischen schon zum Rückzug zu blasen. Die beiden eingerückten Bataillone sollten lediglich die „Räumung“ vorbereiten. In Klagenfurt nimmt man an, daß es sich um eine Eigenmächtigkeit des Laibacher Kommandos handelt, die von Belgrad nicht gewünscht worden ist. Der jugoslawische Vertreter bei der Abstimmungskommission ist zurückgetreten, was als Desavouierung der Laibacher Militärs betrachtet wird. Die Abstimmungskommission hat den sofortigen Abzug der Truppen und die Räumung der ganzen Zone durch die jugoslawischen Behörden gefordert.

Das Außenamt hat von dem Einmarsch südslawischer Bataillone in die Kärntner Abstimmungszone der Botshafterkonferenz in Paris Mitteilung gemacht und die österreichische Gesandtschaft in Belgrad beauftragt, bei der südslawischen Regierung Einspruch zu erheben.

Die Ausnahme in den Völkerbund. Die Mailänder Tagung der Gesellschaft zur Förderung des Völkerbundes hat gegen die Stimmen der Franzosen und Russen beschlossen, die sofortige Aufnahme der bisherigen Felde in den Völkerbund zu verlangen.

Die Niederlage des Zeitungskapitals

Die Zeitungen erscheinen wieder. Der brave Bürgermann hat wieder sein Tageblatt und damit die alte Behaglichkeit des Morgenkaffees. Er hat gar nicht bemerkt, daß es viele Tage in Berlin keine Pressefreiheit gab. Obwohl ein wenig bedrückt von dem Ausbleiben der ihm lieb gewordenen und seinem geistigen Bedürfnis entsprechenden Informationen über die Weltvorgänge, fand er sich dennoch gebuldet damit ab, daß die vom Nachfolger besessenen Zeitungsgewaltigen die Presse bradlegten. Selten hat eine Lohnbewegung, die stark in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt, so wenig Widerstand beim bürgerlichen Publikum gefunden wie diese Absperrung. Während z. B. beim letzten Streik der Straßenbahner Berlin schon am ersten Tage wiederholte vom Ruf nach dem Streikbrecher, blieb hier alles stumm.

In diesem „Durchhalten“ des bürgerlichen Lesepublikums liegt ein Stück bürgerlicher Klassensolidarität, das Beachtung verdient und bei kommenden Bewegungen ähnlicher Art in Rechnung gesetzt werden sollte. Wehe dem Proletariat, wenn es jemals gewagt hätte, die Presse in solchem Umfange stillzulegen. Wie hätten alle die „Demokraten“ nach der Pressefreiheit gerufen. Ist es doch nicht lange her, daß die Zeitungsunternehmer bei der Erörterung über die „Technische Nothilfe“ forderten, daß die Zeitungsdruckereien zu den lebenswichtigen Betrieben gezählt werden. „Lebenswichtiger“ aber ist noch immer der Profit, und da er in Gefahr geriet, gekürzt zu werden, mußten alle Bedenken zurückgehen. Ein bodenloses Pharisäertum! Die Arbeiter und Angestellten werden das nicht vergessen. Sie werden ihre Haltung in Zukunft in allen Situationen nach diesem Vorbild einrichten, das amtlich sanktioniert worden ist durch das lange Stillschweigen der Regierung.

Der Ausgang der Bewegung bedeutet eine Niederlage des Zeitungskapitals. Vor zwei Wochen waren die Herren des Glaubens, die Löhnen der Forderung der Angestellten nach einer Gehaltsaufbesserung in ungläubiger Annahme die Drohung mit dem Lohnabbau, diese einheitliche Parole des organisierten Unternehmertums, entgegengefahren. Den Schiedsspruch, der den Angestellten eine bescheidene Gehaltserhöhung zugestand, lehnten sie hochmütig ab. Heute müssen sie einer Einigung zustimmen, die in den Grundzügen und in der Höhe der Zulagen jenen Schiedsspruch mit einigen für die Angestellten immerhin empfindlichen, aber nicht entscheidenden Abstrichen wiederholt und obendrein den Unternehmern die Pflicht der Entschädigung des Lohnausfalles an die Absperrten — vorläufig zu 75 Prozent des Gesamtverlustes — auferlegt.

Entscheidend ist, daß das Unternehmertum, nach verhältnismäßig kurzem Kampfe innerlich unsicher geworden, alle seine weitgesteckten Vergewaltigungsziele aufgeben und mit den Angestellten, deren Organisationen niedergezwungen werden sollte, einen neuen Vertrag schließen mußte. Anstatt die Organisationen zu sprengen, hat die Bewegung sie zweifellosgestärkt und neues Vertrauen für sie in den Angestelltenkreisen gewonnen, wie die mit übergroßer Mehrheit abgegebene Zustimmung zu der Einigung zeigt. Entscheidend ist ferner der Verlust an Prestige bei den Unternehmerorganisationen. An vielen Stellen im Lager der Zeitungsverleger ist eine deutliche Mißstimmung bemerkbar. So läßt die „Germania“, die schon gestern früh wieder herauskam, in einer Erklärung an ihre Leser erkennen, daß sich ihr Verlag nur widerwillig dem „Solidaritätsvertrag“, wie die „Germania“ es nennt, gebeugt hat.

Daß sich die Bewegung vom Streik einer relativ kleinen Gruppe zur Absperrung zahlreicher Arbeiter steigern mußte, lag in ihrer Tendenz. Sie war von vornherein ein Angriff des Unternehmertums, das ein Exemplar der Macht und des Machtwillens der Kapitalisten statuierten wollte.

Darum ist es nur ein Zeugnis von großer Verlegenheit, wenn der Arbeitgeberverband für das Zeitungsgewerbe in einer in den gestrigen erschienenen Abendblättern seiner Presse abgedruckten Erklärung renonmiert, er habe auf das Drängen der Behörden nachgegeben, weil seinen Vertretern von der Regierung das Bedenken nahegelegt worden sei, daß das Nichterscheinen der hauptstädtischen Presse die ungünstigsten außenpolitischen Wirkungen bereits gehabt habe und weiter haben werde. Wirkungen, die schon in einer Verschlechterung der Baluta zum Ausdruck gekommen seien. Um diese Folgen nicht zu vermehren, also im sozusagen vaterländischen Interesse habe das Zeitungskapital nachgegeben und willig die „schweren finanziellen Lasten“ des neuen Schiedsspruches auf sich genommen. Welch ein unüberdachteter patriotischer Opfermut!

Zimmerhin ist das keine ungehörige Rückzugskanonade, die wiederum auf weite Kreise der Öffentlichkeit nicht ungünstig für die Unternehmer wirkt.

Die englischen Bergarbeiter

III. London, 15. Oktober.

Die Versammlung der Bergarbeiter-Abgeordneten wird heute wieder zusammentreten, um über die Arbeitslosenversicherung zu beraten. Lloyd George hat einen Brief an die Versammlung geschickt, in dem er den Empfang des Briefes der Konferenz bestätigt und erklärt, die Antwort auf dieses Schreiben noch zu überlegen zu müssen. Heute morgen 11 Uhr tritt die Konferenz wieder zusammen. Der gestrige Beschluß hat große Heberzeugung hervorgerufen. Die Grubenarbeiter sind ansehend entschlossen, den Frieden nicht länger zu wahren und es bleibt jetzt Aufgabe der Regierung, den nächsten Schritt zu tun.

Lloyd George an Smille

III. London, 16. Oktober.

In einem längeren Schreiben an Smille malt Lloyd George die schlimmen Folgen des Grubenarbeiterstreiks für die englische Industrie und ganz Europa aus und bringt die Schritte in Erinnerung, wodurch die Regierung den Streik abzuwenden suchte. Am Schluß seines Schreibens sagt Lloyd George: Das ganze Land wird beim Durchmachen der Prüfung, die der Beschluß der Konferenz dem Volke auferlegt, gewiß durch das Bewußtsein geleitet werden, daß die Regierungsvorschläge die Zustimmung der Verantwortlichen und erfahrenen Männer des Grubenarbeiterverbandes gefunden haben. Wir unsererseits, schreibt Lloyd George, sind noch immer bereit, nach einem Auswege zu suchen, der zu einer friedlichen Lösung der Differenzen führen kann und es kann nur eine Katastrophe bedeuten, wenn so edeliche Vorschläge weiter durch Ihren Verband verworfen werden.

Eine neuere Meldung über die Abstimmung der englischen Bergarbeiter bringt die endgültigen Stimmengahlen. Danach wurden 161 423 für, 335 098 Stimmen gegen die Vorschläge der Grubenbesitzer abgegeben. Es führt weiter, man mache sich in den Kreisen der Arbeiter für die erste Sorge um die Zukunft der Bewegung, weil die gesamte Öffentlichkeit gegen den Streik ist, ja man die gesamte Spaltung des Bergarbeiterverbandes, was jedoch, wie uns scheint, mehr Wunsch der Bourgeoisie als Wahrscheinlichkeit ist. Die

Wir allerdings müssen hoffen, daß wir so nachdrücklicher Betonung, daß der Zusammenbruch der Unternehmerrationalität nur der Stärke der Arbeiterorganisationen und der Solidarität und dem Weitblick der Arbeiter- und Angehörtenbewegung zu danken ist. Sie hatte den Kurs der Unternehmerrationalität erkannt und entsprechend gehandelt. In einmütiger Front hat sie sich erhoben zur Abwehr des Angriffs auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse. Die Solidarität befandene sich noch einmal in den absehbaren Verhandlungen. Als sich die Unternehmerrationalität rücksichtslos und ohne jeden Grund ausgesprochen für den Lohnausfall zu entschließen, da erklärte sich für den Bund der Arbeiter: Wenn nicht unser Verhältnis ohne Rest und Klausel fortgesetzt wird, also alle wieder eingestellt und die Ausperrungstage bezahlt werden, dann sind wir gewarnt, den Kampf aufzunehmen und unsererseits Forderungen zu stellen.

Wenn also durch das verhältnismäßig schnelle Ende des Ausstandes wirklich internationale wirtschaftliche und politische Schäden abgewendet worden sind, so doch nicht, daß die Kraft der Arbeiterbewegung dem gemeinsamen Treiben der Unternehmer ein so schnelles Ende gebracht hat. Wir sind frei von patriotischem Ehrgeiz und wollen nicht behaupten, daß die Arbeiter und Angehörten gekämpft haben, um diesem vaterländischen Zweck zu dienen. Aber wir wissen, daß die Unternehmer auf die große Politik gepflanzten hätten, wenn noch Aussicht gewesen wäre, ihre kleinen Profitbedürfnisse und ihren fanatischen Machtgier zu befriedigen durch eine weitere Ausdehnung ihres Angriffes.

Noch ein Moment der Arbeiterbewegung hat sich bewährt: die unbedingte Solidarität zwischen Arbeitern und Angehörten. Das Unternehmertum hat immer noch gehofft, daß sie sich im Ernstfall nicht in dieser Größe betätigen würde. Daß sie sich bewährt hat, das ist eines der bedeutungsvollsten Ergebnisse der Bewegung. Auch für die Zukunft, denn sie hält sich nicht durch Parolen und Aufrufe und Ermahnungen, sondern nur im Feuer des Kampfes. Ein Bund, der in solcher Situation gefestigt wird, ist unangreifbar.

Dieses auf der einen Seite. Auf der anderen ist der trennende Strich zwischen der freigewerkschaftlichen und der gelben Angehörtenbewegung, die ungeniert Verrat geleistet hat, von neuem scharf gezogen worden. Auch das konnte nur gelingen durch das innige Zusammengehen der freien Arbeiter- und Angehörtenbewegungen. Dadurch wurde der gelbe Verrat an wirksam. Diese Solidarität wird sich weiter befestigen und betätigen aus der Spähre reisender Klassenorientierung heraus. Sie ist die Voraussetzung. Darum müssen wir auch hier wieder die Forderung erheben, daß überall alle hemmenden Berufsbarrieren und Harmonieideen hinweggeräumt werden. Arbeiter und Angehörte sind eins auf dem Boden des Klassenkampfes!

Die nächste Zukunft wird zeigen, daß krasse Zusammenfassung aller Kräfte in der Gewerkschaftsbewegung das Gebot der Stunde ist. Der verhältnismäßig günstige Verlauf der eben abgeschlossenen Bewegung darf uns nicht in Sicherheit wiegen. Das Unternehmertum denkt trotz des Mißerfolges seines Vorstoßes nicht daran, seinen jäggeligen, überbelebten Plan einer allgemeinen Abrechnung mit der Arbeiterschaft auf gewerkschaftlichem Kampfgebiet aufzugeben. Der eben gemachte Versuch ist nicht zuletzt daran gescheitert, daß die Pressebetriebe ein unantastbares Objekt dafür sind, denn in einem längeren Schmelzen der bürgerlichen Presse sehen die weitblickenden Kreise der Bourgeoisie in der Tat eine politische Gefahr — nicht für das Reich, aber für die Kapitalistenklasse. Darum müßten die Unternehmer eher erkennen, als es in anderen Industriezweigen nötig sein wird, in denen der Versuch zum Niederrücken der gewerkschaftlichen Kräfte bei der nächsten Gelegenheit wiederholt werden wird.

Versammlung der Kassen. Der Hamburger Senat will demnach die Bürgerpflicht eines Gehaltens über die Verschönerung der Hamburger Kassen vorlegen.

Hepp hepp hurra!

Von Ignaz Mosler.

Der Berliner Arzt Doktor Magnus Hirschfeld hat in München einen Vortrag über die Steinach'sche Verjüngungskur gehalten. Nach dem Vortrag wurde er vom Publikum heruntergeholt und geschlagen. Nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus blieb er sogar leben, er sei gestorben. Die Nachricht wurde denn demontiert. Er lebt noch. Der bayerische Sterbepfad auch.

Die Fortschrittlichkeit des Doktor Hirschfeld ist vielen von uns nicht allzu angenehm. Sein altes hohes und nicht immer geschmackvolles Entree für die Homosexuellen hat es schonlang fast unangenehm gemacht. Die Aufhebung des § 175 zu betreiben, weil sich die Materie unter seinen Händen langsam in ein Moorbad verwandelt hatte. Eine ziemlich üble Mischung von wissenschaftlichem, fasther Romanik und einer Scheinwissenschaftlichkeit, die mancher männlichen alten Jungfer einen Gesäß für das Leben hat, zeichnete Worte und Wirken des Mannes aus. Seine Aufklärungspläne waren entsprechend. Es liegt uns ganz fern, aus dem Mann einen Märtyrer zu machen.

Dies handelt es sich darum, daß Bayern immer mehr dem Deutschen Reich entfremdet wird und daß der Gegensatz zwischen Deutschen und Holländern nicht so groß ist, wie der zwischen Bayern und Preußen. Der Reichsgedanke ist nie hart bei uns gewesen: Es ist ein und der Kierus haben ihn vollends abgewürgt.

Am traurigsten ist die Rolle der Justiz. Vom Polizeibeamten bis herunter zum Staatsanwalt trägt keiner freiwillig einen Finger, um seine Dummheit, die einen Wahrschmer, hundert gegen einen, verteidigen, vor Gericht zu gehen. (Und wenn sie da wirklich gehen, geschieht ihnen auch nicht viel.) Unter der Linde der Justiz leuchten zwei möglicherweise plötzliche Augen. Sie blitzen dieses Leibes alle.

Warum hat man den Doktor Hirschfeld geschlagen? Man hat ihn geschlagen, weil in diesen dummen Speichergehirnen die Begriffe: Aufklärung, Jude, Preuze, Volkswissenschaft, Sabotismus, Sozialismus und kein Kolibri — weil sich all das in diesen Gehirnen zu einem unentzerrbaren Knäuel verflochten hatte. Hepp hepp hurra! Es ist ein dumpfer Drang in diesen Leuten, der ihnen gebietet, Einwohnern wehren zu machen und den Fortschritt Ehrlich auf's Schild zu heben, der sich im Kriege bei Bismarck'scher Gedrückt hatte, wo es am weitesten war. Dazu kommt der spezifisch deutsche Glaube, man könne mit Häuten, Stuhlreimen und Handgranaten einer geistigen Bewegung zum Siege verhelfen.

Keine Schandtat einer Kaiserrepublik reicht an die sorgloseste des Verwaltungspraxis dieses parfümierten Säuglings.

Ruf nach dem Antistreichgesetz

Theodor Wolff hat, nach seinen eigenen Worten, die Sprache wiedererlangt. Er begrüßt die Berliner Angehörten mit einem langen Artikel über den Zeitungsstreik, in dem das Thema Streikarbeit den breitesten Raum einnimmt. Breitspurig erzählt der Chefredakteur des Weltblattes allerlei Kleinigkeiten über das Benehmen einzelner Arbeiter und Angehörten. Belanglosigkeiten, die eine Unterbrechung des Begriffs Streikarbeit vorließe, aber nur zeigen, daß sich der weitläufige Herr hier in einem seinem Begriffsvermögen absolut fernliegenden Gebiet bewegt. Ferner beweisen sie von neuem, wie sehr den Unternehmern und ihren Schreibknechten die Begriffe der Solidarität durch die Verweigerung von Streikarbeit auf die Kerne gefallen ist, ein Zeichen dafür, wie trefflich auf dem Posten Arbeiter wie Angehörte waren.

Den Gipfel seiner „Beweisführung“ erreicht jedoch Herr Theodor Wolff, indem er auf den jüngsten eintägigen Streik der Heizer im Kraftwerk Moabit zu sprechen kommt. Damals seien Teilauslagen der „Freiheit“ und des „Vorwärts“ in der Moskauerzeit angefertigt worden, und auch das sei „indirekte Streikarbeit“ gewesen, wozu man keinen Anstand genommen hätte, weil hier das Erscheinen der sozialistischen Blätter auf dem Spiel stand.

Wir denken nicht daran, Herrn Theodor Wolff eine Vorlesung über den Begriff „Streikarbeit“ zu halten. Etwas bewegen nicht, weil hier ein gewaltiger Unterschied zwischen der Herstellung der sozialistischen Zeitungen im Moskabetrieb und der den Heizern beim Angehörtenstreik zugemessenen Streikarbeit festzustellen ist, so daß selbst Herr Wolff ihn leben würde, wenn er ihn sehen wollte. Zweitens braucht die Arbeiterschaft keinerlei Wert darauf zu legen, in ihren einzelnen Handlungen von den Redakteuren der bürgerlichen Presse verstanden zu werden. Am allermeisten darf sie hoffen, Gerechtigkeit zu erfahren vom Chefredakteur des Weltblattes, das unter alten demokratischen Blättern in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen die Reaktion am offensten verrät. Es genügt festzustellen, daß weder die freilebenden Heizer, noch die Drucker der „Freiheit“, noch das Personal des „Vorwärts“ — Beides in der Herstellung einer Teilausgabe einer Nummer der „Freiheit“ bei Moskau Streikarbeit geleistet haben. Hätte hier ein Fall von Streikarbeit vorliegen, so hätte unser eigenes Personal, dessen kann Herr Wolff sicher sein, alle Anstrengungen gemacht, um sie zu verhindern. Die Herstellung solcher Dinge müssen Korrespondenten von der Arbeiterschaft selber überlassen. Aber wichtiger noch als das sind die Schlussfolgerungen des Herrn Wolff. Die „streikartige“ Idee der indirekten Streikarbeit gelange ganz unvermeidlich zu den „jüggelosesten Tolleheiten“, und die Angehörten seien in der Lage, einen Unternehmer mit dieser Waffe den Vorkellanladen zu zerlegen. (Der arme Unternehmer!) Tatsache ist, folgert Herr Wolff, daß wir „ein Streikgesetz brauchen, das zwischen Sinn und Überflüssigkeit, zwischen Streikrecht und Streikverbot die Grenze zieht“. Das ist des Übels Kern: Ein Streikverbotgesetz gegen die Arbeiter und Angehörten ist es, wonach das Herz der großen Mannes sich brüsstig lehnt. Wie wäre es aber mit einem Ausperrungsgesetz, das zwischen Ausperrungsrecht und Ausperrungswillkür die Grenze zieht? Doch lassen wir die Spähnen. Wir wünschen uns nicht, wenn wir annehmen, daß ein solcher Fall bei der gegenwärtigen Regierung ein solches Maßes der findet.

Schwankende Gestalten

Die „Rote Fahne“ ist erkannt über die auffällige Tatsache, daß Braß, den die Linke zum Vorsitzenden des Parteitagcs gemacht hat, auf dem Niederrheinischen Parteitag auf Seiten der Minderheit gefunden hat. Wie uns dazu aus den Kreisen der niederrheinischen Genossen bestätigend mitgeteilt wird, hat Braß diese Stellung tatsächlich eingenommen, und zwar nicht erst auf dem letzten Parteitag, denn bereits auf der vor drei Wochen in Düsseldorf stattgefundenen erweiterten Kreisleiterkonferenz hat Braß folgenden Antrag:

Die Konferenz erklärt prinzipiell ihren Rückzug aus der 3. Internationale unter Bedingung der Autonomie der Parteiorganisationen der einzelnen Länder.

Auf einen Zwischenruf: „Sei doch nicht so naiv, darauf gehen die Klassen doch nicht ein“, erwiderte Braß mit erregter Stimme:

„Das glaube ich doch, gehen sie aber darauf nicht ein, dann tragen sie (die Klassen) die Verantwortung für den Rückzug.“

Auf dem Niederrheinischen Parteitag hat Braß den Antrag, die Richtung, die sich um den Vermittlungsantrag obzäh, der die Selbständigkeit der Partei vorschlägt und den auch er unterstützte, ihren Standpunkt begründen zu dürfen. Er trat dafür ein, diese Richtung als besondere Nebenregierung in die Rednerreihe einzurücken. Er wolle selbst im Sinne

Stantes herzu. Das Reich ist völlig machtlos. Hättet ihr am 6. November die Bundesstaaten beschlagen: es ginge uns heute besser. Jedes kleine Krähwinkeln beansprucht seine Stammesgenossenschaft und verachtet darunter seine Feinde.

Wie man auch zum Doktor Hirschfeld gehen mag; noch ist er Bürger eines Reiches, das ihn zu schützen hat. Solange aber in allen Köpfen der Glaube wächst, Verbrecher in Uniformen sein könne, und das lebenshafte Verhalten deutschnationaler Studenten sei der Ehre der freien Volksgemeinschaft — solange Gerechtigkeit und Bestrafung des Entwertungskommissars und Bestrafung der Sicherheitsbehörden für gut bürgerlich gesinnte Statopatrioten nicht gelten, solange ist der Jude vogelfrei. Vogelfrei der Sozialist, der Rabbiner, der Selbstige, der Arbeiter.

Ich halte die Person des verlegten Arztes für belanglos. Die Sache ist's nicht. Wir sollten den Mut haben, den Dingen offen ins Auge zu sehen und zu sagen:

Der Reichsgedanke in Bayern ist kaum noch vorhanden. Bayern ist selbständig, das Reich schmachhaftig. Zwei Jahre nach einer sogenannten Revolution sind alle rechtsstehenden Kreise schwer demoralisiert, die radikalen Arbeiterführer ermordet oder eingekerkert.

Und was tun wir?

Wir halten uns.

Rußlands ist Lebensmüde. Einige mit Witz und Temperament begabte Architekten, Bildhauer und Maler fanden einen Antrag... was man ihnen von Herzen gönnt. Die Art, in der sie ihn erledigten, enthält manche eisenhaften Momente. Sie arbeiteten von Grund aus Hand in Hand, am wirklich aus Raum und Form und Farbe eine Einheit zu gewinnen, und sie haben durch dieses Arbeiten einen besseren Kontakt mit den Handwerker gefunden, denen offenbar die freie und lebendige Gestaltungswelt des Ganzen Spoh gemacht hat.

Und weshalb kann ich dennoch keine Freude aufbringen? Das Geld, das die Ausführung der Räume ermöglichte, ist Geld von Kriegsgewinnern, und die Menschen, die hier schlammten, tranken und tanzten werden, werden Schüler, Richter und Kofallen sein. Glaubst nicht, das hätte nichts mit einer „Kunst“ zu tun. Ihr habt euch einfallen lassen auf den Betrieb, und man kann nicht eine Sache zu machen, die schlecht ist. Glaubst nicht, daß eine für solche Aufgaben geschlossene Arbeitsgemeinschaft für unsere neuen von irgend etwas bedeute. Euer reiner Wille, wie er Talent sei unangebracht, aber ihr irrt euch. Euer Wert geht, den Lehren und den Feinden mit ihren Dames, und wird mit dem... — daß, hoffen wir! — verschwinden. Da hilft kein aufgewandetes Talent und kein Geschmeiß und kein Schweiß. Man hat nicht Verleer vor die Säue werfen. L. B.

der Vermittlungsfrage einen Standpunkt begründen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, als auch Braß zu den Gegnern der Bedingungen gekehrt. Das scheint ihm aber nachzugehen zu sein, denn im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung tritt er jetzt für den unbedingten Rückzug auf bei Aufgabe der Selbständigkeit der Partei und ihrer Spaltung ein.

Zum Dank dafür scheint ihm die Linke in Ermangelung irgend eines anderen Genossen, der dafür sähig wäre, zum Vorsitzenden des Parteitagcs gemacht zu haben. Das Ganze ist ein Zeichen der inneren Haltlosigkeit der Linke und ihres völligen Mangels an fähigen Menschen.

Die unentbehrlichen Rockschöße

Die „Rote Fahne“ sieht Kopf. Die Bolschewik-Verhandlungen waren schlecht besucht und das Kommunistenblatt braucht einen Sündenbock. Es findet ihn in der „Freiheit“, was nicht nur aus täglicher Gewohnheit zu erklären ist, sondern vor allem daraus, daß der Blick dieses Blattes nicht weiter reicht. Die „Freiheit“ habe „sabotiert“ — ein laledites und weiß falsch angebotenes Fremdwort —, denn sie habe nicht zum Besuch der Verhandlungen aufgerufen. Welche Ehre für uns, so gewürdigt zu werden. Selbst es nicht sonst möglich, die U. S. P. und ihre Presse seien belanglose Reste eines abgewandenen Stadiums der revolutionären Bewegung? Ist nicht die „Rote Fahne“ das führende Organ der revolutionären Massen? Wie kommt es, daß die Berliner Arbeiter nicht in unübersehbarer Scharen strömen, wenn sie ruft, sie, die einzig wahre „Rote Fahne“? Wie geht es zu, daß man heute noch nach den Rockschößen der verpönten „Freiheit“ und der U. S. P. verlangt, wenn man Verhandlungen führen will? Es ist erstaunlich, wie wenig Gefühl diese Leute für die eigene Blamage haben.

Abbau der Abwicklungsstellen

Das System Kossie hat nicht nur in der angeblichen Reichswehr eine umfangreiche und kostspielige Struktur für monatliche Offiziere geschaffen, sondern auch das Abwicklungsweesen in ungehobener Höhe gebracht. In unserer Parteipresse ist seit vielen Monaten darauf hingewiesen worden, welchen Umfang diese Abwicklungsstellen noch immer haben, welche finanzielle Belastung mit ihnen verbunden ist und wie wenig sie tatsächlich leisten. Unter dem Druck innerer und äußerer Verhältnisse scheint sich jetzt die Regierung zu entschließen, die Abwicklungsstellen abzubauen, es sind ja auch die Reichsschulden in bezug auf ungeheure Maße angewachsen, daß es selbst der bürgerlichen Regierung angst und bange zu werden beginnt.

Vor Kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß die Entente in einer Note an die deutsche Regierung die sofortige Auflösung sämtlicher Abwicklungsstellen zum 1. Oktober 1920 gefordert habe. Wie sich jetzt herausstellt, beruht diese Nachricht auf Wahrheit. Der General Kossie hat tatsächlich am 15. September eine Note dieses Inhalts überreicht. Bei Verhandlungen zwischen der Entente, Kommissar und Vertretern der Reichsabwicklungsstellen scheint es zu einer Einigung gekommen zu sein, wohl deswegen, weil die Regierung unter dem Druck der Schuldenlast eine wesentliche Einschränkung bereits vorgenommen hatte. Die Zahl der Abwicklungsstellen ist zwischen dem 1. Oktober 1919 und dem 1. Oktober 1920 von 2208 Stellen auf 56 Stellen gefallen, die Zahl der beschäftigten Personen von 169 000 auf 12 000 im gleichen Zeitraum. Die Zahl der Marine-Abwicklungsstellen ist von 2000 auf 19 gesunken, die Zahl der beschäftigten Personen von 10 000 auf 800. An Abwicklungsstellen für unsere Gefangenen besitzen wir noch 10 mit 1000 Mitarbeitern, gegen 20 500 vor einem Jahre. Nur die Zahl der Abwicklungsstellen für die russischen Gefangenen, die zu unserer Schmach noch immer in Deutschland leben, liegt eger liegen, was aber mit dem Uebertritt großer Teile der Roten Armee zusammenhängt. Die Trennung zwischen Reichswehr und Abwicklungsstellen ist nunmehr vollständig durchgeführt. Vom 1. April 1921 soll kein Pfennig mehr für die Abwicklungsstellen bewilligt werden.

Wir wollen abwarten, was daraus wird. Bisher haben es die Abwicklungsstellen immer verstanden, die Regierung einzuschleichen. Die herrschende Organisation hinterläßt Uebergangsorganisationen, mit denen wir uns noch lange werden herum schlagen müssen.

Amnestieantrag der U. S. P. in Bayern. Da die Reichswehr nur für die Kassen bestimmt ist und die bayerischen politischen Gefangenen abseits anschießt, haben unsere Genossen im bayerischen Landtag einen Amnestieantrag für bayerische politische Gefangene eingereicht. Abgelehnt wird er doch — aber auch das ist wenigstens etwas auf weiß in unserem Katakomben der Klassenjustiz in Bayern zu sein.

In der Volkshalle werden am Freitag, den 15. Oktober, die Vorstellungen von Björksons „Paul Lange und Lora Parsberg“ mit Friedrich Kayser und Helena Feldner in den Titeltrollen wieder aufgenommen.

In Bernhard-Rose-Theater geht man gegenwärtig eine sehr lebendige, drastische und mit großem Erfolg ausgenommene Aufführung der Komödie des früh verstorbenen Genossen Kosenow „Kater Lampe“, in der kleine Beamte und freche, rücksichtslose Unternehmer gründlich vorgenommen werden; eine der ganz wenigen proletarischen Komödien. Das Rose-Theater hält seinen Spielplan auf erfreulicher Höhe und möchte seinem Publikum nur das Beste vom Besten geben. Diese Bemerkungen sind dankenswert, wenn es sich auch um ein kapitalistisches Institut handelt. Ehe die Genossen ihr Geld für Kino oder Operntheater hinauswerfen, um sich kapitalistisch vorzulegen zu lassen, sollten sie schon eher ein solches Theater besuchen.

In den Kammerstücken des Deutschen Theaters findet Dienstag, den 10. Oktober, die Aufführung von Tostols nachgelesenen einaktigen Schauspiel „Er ist ein alter Mann“ und von Gogol's Komödie „Die Spieler“ statt. Die Hauptrollen in beiden Stücken spielt Alexander Wolff. Die Uebersetzung ist von August Scholz, die Regie von Bernhard Reich.

Ueber das Professoreleinmalige Verjüngungsverfahren hielt am vergangenen Dienstag Dr. Ludwig Leo-Lenz, Spezialarzt in Berlin, einen vom Publikum gut aufgenommenen Vortrag. Nach eingehender Schilderung der Verjüngung an Tieren und Menschen resümierte der Referent, daß die Verjüngung an Tieren absolut erzielt nachgewiesen ist. Das Verfahren würde verjüngend und lebensverlängernd. Bei Menschen zeitigten die Verjüngung bisher beste Erfolge, doch könne ein abschließendes Urteil, wegen der Kürze der Beobachtungzeit, noch nicht gefällt werden.

Den Arbeiterdienern ist ein Vortragsabend gemeldet, den der Schriftsteller Fritz Droop und Hans Brodmann vom Deutschen Theater am 20. Oktober im Schauspielhaus, Lippowstraße, veranstalten. Fritz Droop spricht in einem einführenden Vortrag über die Bedeutung der aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Dichter, Hans Brodmann rezitiert Grill und Profs aus den Werken von Karfel, Dröger, Engelke, Leisch, Bogold, Schönland u. a.

Die Theaterpresse in Sowjet-Rußland. Durch eine Verordnung der Zentralkommission für Theaterwesen sollen in sämtlichen Theatern Sowjet-Rußlands vom Oktober ab die Preise einheitlich reguliert werden. Die Theaterplätze werden in drei Preisgruppen eingeteilt und die Preise sollen in Moskau 250, 175 und 100 Rubel betragen. In den anderen Städten sollen die Preise nach demselben Verhältnis abgemindert werden, in dem die Arbeitelöhne in der Provinz tarifmäßig zu den Moskauer Löhnen stehen. Das Recht, die die zwei ersten Parquetreihen unbegrenzte Preise zu erheben, wird aufgehoben. Die Verordnung droht Jubelherauszubringen in Bayerns Straßen.

Der Parteitag in Halle

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)
Halle, 15. Oktober.

Hilferding gegen Sinowjew

Die heutige Sitzung wurde um 10 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende sprach mit, daß nach gegenläufiger Vereinbarung der erste Diskussionsredner und beschränkte Redezeit erhalten soll. Darauf nimmt Genosse Hilferding das Wort. Er führt aus: Es ist ein Symbol, daß die Fahne, die über der Bühne hängt und auf der gestanden hat: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“, heute heruntergenommen und eine an ihre Stelle gesetzt ist, die sich für die kommunistische Internationale ausspricht. Man könne der Rede von Sinowjew alle Anerkennung gönnen. Es herrsche in diesen Punkten Übereinstimmung mit ihm. Es würde noch viel größere Übereinstimmung herrschen, wenn er seine Ausführungen zum großen Teil an die richtige Adresse, an die Reichsjournalisten, gerichtet hätte. Er sei dagegen überall über alle Punkte hinweggegangen, die volle Klarheit erforderten. Er habe mit dem größten Teile seiner Ausführungen offene Türen eingerannt. Er sei doch aber viel zu lang, um das nicht gewünscht zu haben. Sinowjew hat die ganze Welt russisch-kommunistisch betrachtet und für Deutschland einen Gegensatz zwischen Mensch und Volkswirtschaft konstruiert. Der Gegensatz in Deutschland habe damit gar nichts zu tun. Wir wollen, daß das Proletariat die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus auf unsere besonderen Verhältnisse anwenden soll. Es genügt nicht, bestimmte Formeln auswendig zu lernen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein. Die Lösung kann nicht von außen kommen. Wir müssen aus der russischen Revolution lernen, aber wir können sie nicht kritiklos auf unsere eigene Lattiz anwenden.

Sinowjew hat behauptet, unsere Auffassung sei, daß die Revolution für Deutschland schon vorbei sei, und darum hätten wir nichts in der dritten Internationale zu suchen. Das ist eine Unterstellung. Wie ist unsere Auffassung? Wir hatten am 9. November in einem bestimmten Sinne keine Revolution. Sie trat eine Arbeiterklasse, die infolge der ökonomischen Verhältnisse vor dem Ausbruch in eine sozial-reformistische Stimmung übergegangen war. Wir haben damals gesagt, das ist der Anfang der Revolution. Der Prozeß der Revolutionierung der Arbeiterklasse ist seitdem fortgeschritten. Wir haben die Arbeiterklasse vorangebracht und sie geführt, und nicht die Kommunisten. (Starker Beifall.) Bezeichnend ist es, daß hier auf dem Parteitag Genossen sind, die die erste soziale Situation unserer Partei dadurch schmälern, daß sie sich jetzt für die Parteipolitik der Kommunisten begeistern. (Sehr richtig!) Wir waren nie der Ansicht, daß die Revolution abgeschlossen ist. Aber sie kann nicht gefördert werden durch

Parteilichkeit und Zerschlagung des Proletariats.

Die Massen müssen vor ganz konkrete Ziele gestellt werden, die nur im Kampfe erobert werden können, und der Kampf muß sich weiter entwickeln, bis das Proletariat zu seinem Ziele, der Eroberung der politischen Macht, gelangt. Wenn man das Proletariat an dem Kampf um diese Einzelziele hindert, dann hindert man es am Kampfe überhaupt.

Dann kommt nur der Streit um Verloren, die Zerschlagung der Organisation. Alles das, was wir an der kommunistischen Partei erlebt haben. Wir sind mitten in revolutionären Prozeß und müssen alles tun, um ihn zu fördern.

Kein Sozialist hat eine andere Auffassung, als daß die kommunistische Lage Deutschlands

reife zur Sozialisierung

ist. Diese Auffassung haben wir auch abweichenden Meinungen gegenüber ausgiebig vertreten. Eine Prosperitätsperiode des Kapitalismus muß zur Förderung des Reformismus führen. Es ist eine Verleumdung, daß wir für die Wiederaufrichtung des Kapitalismus gewirkt haben. Die Arbeiter haben wichtige Forderungen an das ausländische Kapital machen müssen. Das ist kein Vorwurf gegen sie, aber das beweist, wie kurz die zwingende Macht der ökonomischen Verhältnisse

Wenn wir in Deutschland bisher nicht weiter gekommen sind, so hat das verschiedene Gründe, von denen ich einen bisher schon dargelegt habe. Uns ist es aber gelungen, durch schärfsten Kampf einen großen Teil der Arbeiterklasse aus dem sozial-reformistischen Lager herauszulösen. Gegenüber der geschlossenen Front des Kapitalismus muß die geschlossene Front des Proletariats hergestellt werden, nicht durch künstliche Parteilichkeit, sondern nur im Kampfe um bestimmte Ziele.

Die Einheit der Aktion

in der Wirtschaft, dann folgt die Gemeinschaft des Kampfes und die Weiterentwicklung bis zum letzten Ziele. Bisher sind wir von links und rechts überfallen worden. Es ist keine Politik der Arbeiterklasse getrieben worden, sondern eine Politik der Fraktionsinteressen, und darum ist das Proletariat in den Kämpfen immer unterlegen. Jetzt ist das Wichtigste, seine weitere Fortsetzung zuzulassen, die von außen noch gefördert wird.

Sinowjew hat die baldige Bewirkung der Räteverfassung auf dem Balkan und in anderen Ländern prophezeit. Die Spaten Siggers sollten ihn doch schreien. Hilferding weist darauf hin, daß im ersten Heft der kommunistischen Internationale enthalten ist, daß damals nicht nur zwei Sowjetrepubliken, in Rußland und Ungarn, verwirklicht seien, sondern daß bald weitere nachfolgen würden. Die Nummer war noch nicht gedruckt, als Sowjet-Ungarn schon untergegangen war. Der Verfasser dieser letzten Prophezeiung war Sinowjew. (Hört! Hört!) Eine Taktik, die sich auf die nächsten sechs Monate, auf ein Jahr usw. einstellt, ist ein Kadavergespielt. Wir müssen auf alle Eventualitäten vorbereitet sein, um sie auszunutzen. Daher ist es notwendig, daß die revolutionären Parteien sich nicht gegenseitig

Schwankungen im Kreditismus

machen, damit würde das Proletariat nur zum Objekt der Bourgeoisie, damit wird nur das Interesse der Kontinentalen Nation gefördert. Im letzten Jahre haben wir hier eine Verlangsamung der Revolutionierung erlebt, in den letzten Monaten wahrscheinlich gar keine Fortschritte. Wie ist es in den anderen Ländern? Die Opposition gegen die sozial-reformistische Politik ist im Westen überall in der schwächenden Minderheit. In Schweden, Dänemark, überall haben

die linkssozialistischen vernichtende Niederlagen

erlitten. In England und Frankreich spielt die sozialistische Politik noch gar keine Rolle. Es ist also falsch, zu glauben, daß man nur durch organisatorische Umstellung die Revolution fördern könne. Das kann nur durch den revolutionären Kampf geschehen, durch

die Zusammenfassung des Proletariats zur Gewinnung des gemeinsamen Zielen.

(Lebhafter Beifall.)

Wir haben gehört, wie Sinowjew die Gewerkschaftsbewegung behandelt hat, wie er insbesondere die Gewerkschaftsinternationale eine „gelbe“ genannt hat. Ich verstehe nicht, wie sich Richard Müller zu einer „gelben“ Gewerkschaftsinternationale hat belegen lassen, wie er sogar auf ihren Kongressen erscheinen konnte. In Wirklichkeit glaubt bei Ihnen niemand daran, daß diese Gewerkschaftsinternationale eine gelbe sei. Sie soll zerstört werden, ebenso wie jetzt die Partei zerstört werden soll. Das ist ja Mitglied dieser gelben Gewerkschaftsinternationale.

Aber die Gewerkschaftsinternationale ist die einzige Internationale, die aktionsfähig ist. Sie verlangt im Besonderen gegen uns, daß das Verlangen der selbstständigen Arbeiterklasse. Unter dem Vorwand der Waffenlieferungen mühe getrieben werden von den Gewerkschaften und der Dank Sinowjews an uns, daß die Gewerkschaften diesen Männern erstattet werden. Es ist deshalb möglich ja eigentlich diesen Männern erstattet werden. Es ist deshalb

politische Zusammenhänge

dem Sinowjew Gewerkschaften, die anderen Parteien, die

Reichsjournalisten und Organisten auf eine Stufe gestellt hat. (Lebhafter Beifall.)

Gegen Hilferding wird in diesem Augenblick der Jurist „Kassmüller“ gerufen. Da der Vorsitzende nach den Zwischenrufen nicht zur Ordnung ruft, tritt minutenlang große Unruhe ein, die den Redner am Weiterreden hindert.

Hilferding wendet sich dann zu der von der kommunistischen Internationale geforderten Zerschlagung der politischen Parteien, die eine große Gefahr darstellt. Aber ebenso müssen die Gewerkschaften gelöst werden vor Zerschlagungsbestrebungen und der Bezeichnung als gelbe Gewerkschaften. Der von Sinowjew gelobte Aktionsrat der Gewerkschaften in England bestand aus Gewerkschaftlern, die er an anderer Stelle als „gelbe“ Gewerkschaftler bezeichnet hat. Mit Sinowjew hat dieser Aktionsrat nichts zu tun, aber Sinowjew hat diesen Aktionsrat anerkannt, weil er eine Rebenregierung darstellt. Aber sind anderen Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch nicht dieselben Vorwürfe gemacht worden? Deshalb war

unsere Haltung beim Kapp-Putsch ebenso ein revolutionärer Fortschritt

wie die Bildung des Aktionsrates, den Sinowjew anerkennt hat.

Hilferding wendet sich dann zu der Situation in den einzelnen Ländern. In den Verhältnissen in Italien weist er nach, daß das revolutionäre Proletariat dort einen Schritt vorwärts getan hat. Es hand um die Frage, ob es diese Aktion fortsetzen könne bis zur Eroberung der politischen Macht oder zufrieden sein solle mit einer Abstragszahlung. Man rufen die russischen Genossen: „Das ist eine Niederlage“, und schuldig an dieser Niederlage seien Vertreter, sowohl der italienische Partei Mitglieder der dritten Internationale. Wer das meint, kennt die Verhältnisse in Italien nicht und geht an der Tatsache vorbei, daß die Aktionen eines Landes stets entschieden werden müssen von dem Proletariat des eigenen Landes. Zweifellos sei in Westeuropa die Tendenz zur revolutionären Entwicklung vorhanden, aber wie sie verlaufe, hänge von den ökonomischen und politischen Bedingungen und von Klassenverhältnissen ab.

Sinowjew habe gemeint, er habe die Verhältnisse im Orient falsch eingeschätzt. Das Gegenteil ist richtig. Ich habe auf der Reichstagsversammlung gesagt, daß der Einfluß von Kimo theoretisch einwandfrei ist, sei mir fraglich. Der Kern der Bewegung im Orient ist bäuerlich-kommunistisch-nationalistisch zur Erlangung des bürgerlichen Weltrechts. Ich habe also vollkommen recht, daß diese Bewegung nichts mit einer kommunistisch-sozialistischen Bewegung zu tun hat. Niemandem von uns fällt es ein, der dritten Internationale daraus einen Vorwurf zu machen, daß sie diese Bewegung fördert. Aber diese Bewegung hat bestimmte Grenzen. Die Vertreter Indiens und der Türkei als Vertreter der Arbeiterbewegung haben auf den Kongressen erklärt, daß die Thesen der kommunistischen Internationale ihre Arbeit wesentlich erschweren, und Serrati, der Vertreter der italienischen Partei, hat deshalb gegen diese Thesen gekämpft.

Was die kommunistische Internationale macht, ist Nachschritt gegen das imperialistische England, verbunden mit den Reichstagen, nicht aber mit den Arbeitern dieser Länder.

Rebehours Auffassung über die Kolonialpolitik, auf die Sinowjew sich berufen hat, ist unsere Auffassung. Wir haben diese Utopisterei stets bekämpft, weil diese Kolonialpolitik bezahlt werden muß durch den imperialistischen Weltkrieg. Hilferding zitiert eine Stelle aus der 1907 erschienenen Schrift von Kautsky über „Sozialismus und Kolonialpolitik“. Die Haltung der russischen Genossen ist eine abweichende vom sozialistischen Prinzip gegenüber dem reinen Imperialismus. Wir haben nicht zu entscheiden, ob das in Rußland richtig ist, aber wir wissen, daß diese Haltung für uns unmöglich ist.

Das gilt vor allem von dem Agrarprogramm. Die russischen Kommunisten vertreten das Agrarprogramm der sozial-revolutionären Parteien. In Rußland ist die Revolution eines großen

bäuerliche Revolution zur Herbeiführung des Privateigentums. In Westeuropa spielt eine solche Politik als Nachschritt keine Rolle, bei uns sind damit die Bauern nicht zu neutralisieren.

Diese Politik, von dem Reformsozialisten Böhmert betrieben, hat bei uns schon vor 25 Jahren Schiffbruch erlitten. Es ist auch unfruchtbar, eine Politik zu treiben, die die Arbeiter zerschmettert, um die Bauern zu vereinen; denn in Deutschland kommt es darauf an, die industriellen Arbeiter in den großen Städten zu gewinnen. Jede andere Politik ist augenblicklich Opportunistisch, die uns nur Schiffbruch erleiden läßt.

Hilferding wendet sich dann zu einer grundsätzlichen Betrachtung des Terrors und der Diktatur und gegen den diktatorischen Zentralismus. Er zitiert hierbei einen im Jahre 1904 von Rosa Luxemburg geschriebenen und gegen Lenin gerichteten Artikel, dessen Verlesung großen Eindruck auf den Kongress macht. Hilferding betrachtet dann die Bedingungen und erklärt, daß sie den Zweck haben, die Partei zu einem Instrument der Nachschrittlichkeit der kommunistischen Partei zu machen.

Bei Redaktionschluss spricht Hilferding noch weiter.

Unter falscher Flagge

Folgendes Rundschreiben wird in dem Bezirk Potsdam 4 verbreitet:

Genossinnen und Genossen!

Was jeder von uns noch vor kurzem für unmöglich hielt, scheint zur Tatsache zu werden. Die Gegner der Moskauer Anschließbedingungen treiben bewußt zur Spaltung der Partei. Dieser Schlag muß pariert werden, und wir müssen uns vor Ueberrassungen hüten.

Es sind bestimmte Anzeichen vorhanden, daß wenn auf dem nächsten Parteitag eine Mehrheit für die Moskauer Bedingungen vorhanden ist, der Parteitag, ehe es zur Tagung kommt, gesprengt wird. Sollte es aber ungeklärt der Fall sein, daß die Gegner eine Mehrheit auf dem Parteitag erhalten, so wird diese Mehrheit die Befürworter der Anschließbedingungen außerhalb der Partei stellen und diese ohne weiteres ausschließen. Deshalb gilt es, sofort Vorkehrungen zu treffen, daß wir nicht als unorganisierte, lose Masse verstreut werden, sondern im gegebenen Falle gerüstet bestehen.

Wir fordern Euch an, alle unsere Anhänger zu sammeln und organisierten zusammenzufassen, die Verbindung mit dem Nachbarn sofort anzunehmen und ein schlagkräftiges Band zu knüpfen. Laßt Euch durch die schamlosen Verheerungen unserer Parteipresse, der „Freiheit“ (die den Beifall und die Unterstützung der rechtssozialistischen und bäuerlichen Kreise findet), nicht irremachen.

Nachdem der Vorstehende unseres Bezirks und andere Mitglieder des Bezirksvorstandes offen in Flugblättern gegen die Befürworter der Anschließbedingungen zu Felde ziehen, eine Bezirksversammlung abzurufen und nicht stützenden lassen wollen, in welcher Weise sie zur Rechenschaft gezogen werden können, leben wir uns genötigt, auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Genossinnen und Genossen! Nicht organisatorische Fragen, nicht die Frage der „gehobenen Autonomie“ der Partei ist es, welche die Gegner der Anschließbedingungen in ihrem Vorgehen leitet, sondern grundsätzliche, prinzipielle Fragen sind es, die uns trennen. Das muß offen ausgesprochen werden, und nur von diesem Gesichtspunkt aus ist der Kampf, welcher jetzt die U.S.P.D. schüttert und bis in die tiefsten Tiefen auftritt, anzusehen und zu betrachten. Auf alle Fälle muß verhandelt werden, daß Genossen einzeln oder Ortsgruppen geschlossen zur U.S.P.D. überzutreten. Wir müssen den Kampf anschieben, komme was da wolle, und zwar erst in anderen Reihen bis zur Entscheidung. Aber auch dann, wenn die Klärung herbeigeführt ist, muß der feste Zusammenhang unserer Anhänger nicht unter allen Umständen aufrechterhalten, noch inniger gehalten werden, wir dürfen nicht zu einer regellosen Masse zerfallen.

Genossinnen und Genossen! Erfüllt Eure revolutionäre Pflicht, laßt der gegen uns geplanten Streich unumkehrbar und es einem revolutionären, proletarischen Handeln. Glaubt,

daß die Verbindungen aufrechterhalten werden und im gegebenen Falle der organisatorische Aufbau nicht ins Stocken gerät.

Genossen! Nur so können wir die dunklen Pläne der Reaktion und die Machenschaften unserer Genossen von heute im eigenen Lager durchkreuzen. Nur auf diese Weise können wir der revolutionären proletarischen Einheitsfront dienen. Instruktionen sind an Richard Pfeiffer, Berlin-Siralan, Krawinkel 8, zu richten.

Genossen, jeder erfülle seine Bruderpflicht!
Es lebe die 3. Internationale!
Es lebe die Weltrevolution!
Mit revolutionärem Gruß

Dito Göbel, Richard Pfeiffer, Paul Schindler, Hermann Gertz, Nauen, Röhms, Rheinsberg, Kawroki, Friedrichshagen, Bondrad, Schmedt, Bacher, Eberswalde, Tisch, Brandenburg, Frau Wallat, Wolfenke.

In diesem Rundschreiben zeigt sich neben der Heuchelei aber auch die innere Unwahrscheinlichkeit der Unterzeichner. Obwohl die 21 Bedingungen ausdrücklich die Bestimmung enthalten, daß in jedem Lande nur eine kommunistische Partei bestehen darf, haben die Unterzeichner nicht den Mut, diese Forderung zu tragen. Sie wollen weiter wie bisher unter falscher Flagge liegen, die Halbheit und Unentschiedenheit, die ihr Wesen kennzeichnet, fortführen, weil sie wissen, daß die Masse der U.S.P.D. Anhänger gar nicht daran denkt, zur R.P.D. überzutreten.

Die Ablieferung der Dieselmotore

Das Verlangen der Entente, daß Deutschland seine Dieselmotore ausliefert, ist bereits von der gesamten Öffentlichkeit von ganz rechts bis ganz links zurückgewiesen worden. Sowohl die Presse der U.S.P.D. wie die Fraktion der U.S.P.D. im bayrischen Landtag haben dieses Verlangen energisch zurückgewiesen.

Natürlich wird der neue Zwischenfall wieder von allen möglichen nationalistischen und reaktionären Verbänden zu Protesten benutzt, deren Ton und Form uns nur schaden könnten. Die Kapitalisten, die ihre Taschen noch nicht von den in Frankreich mitgenommenen Dingen geleert haben, sollten jede patriotische Entrüstung unterdrücken. Wir werden schneller zum Ziele kommen, wenn ruhig und sachlich die Unentbehrlichkeit der Motore für unsere gesamte Industrie und Landwirtschaft und für den Wiederaufbau aller Länder betont wird. Auch der Betriebsrätekongreß hat in diesem Sinne entschieden. Wenn der Gewerkschaftsbund den deutschen Standpunkt sowohl bei den politischen wie bei den wirtschaftlichen Verhandlungen des Auslandes klar stellt, werden wir am leichtesten im unangenehmsten Besitz dieser für uns so unentbehrlichen Produktionsmittel verbleiben.

Demonstrationstreik in Italien

Solidarität mit Sowjetrußland

Rom, 14. Oktober.

Heute nachmittag wurde in Befolgung des Beschlusses der sozialistischen Parteileitung und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von 3 bis 5 Uhr die Arbeit eingestellt, um die Solidarität mit Rußland zu bekunden und gegen die politischen Verfolgungen zu protestieren. Die Arbeitseinstellung in Rom war nur eine teilweise. Nachrichten aus anderen Städten zufolge haben sich nirgends Zwischenfälle ereignet, außer in Bologna, wo während eines Umzuges eine Gruppe Extremisten eine Polizeiwache angriff. Es wurden Schüsse gewechselt, wodurch eine Person getötet und mehrere verletzt wurden.

Gewerkschaftliches

Entwurf für ein Gesetz über die Vorlage der Betriebsbilanz und Betriebogewinn- und Verlustrechnung gemäß § 72 B.R.G.

Von der Regierung ist ein solcher Entwurf den beteiligten Kreisen zur Begutachtung vorgelegt worden, welcher jedoch dem Sinne des § 72 B.R.G. nicht vollkommen gerecht wird. Dem Reichsverband der Deutschen Industrie liegt ein Gegenentwurf vor, der die wenigen Rechte des Betriebsrates nach Möglichkeit noch illusorisch zu machen sucht. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat der Reichsregierung, dem preussischen Reichswirtschaftsrat, sowie dem Deutschen Reichstag einen Gegenentwurf eingereicht, welcher auf Grund des § 72 B.R.G. ausgearbeitet ist und dem Betriebsrat die Möglichkeit gibt, wirklich im Interesse der Allgemeinheit eine Prüfung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vornehmen zu können. Der Gegenentwurf ist mit einer eingehenden Begründung und einer detaillierten Aufstellung der Konten zur Kontrolle der finanziellen Funktionen, der Rohstoffversorgung und des Warenabflusses versehen.

Es erscheint wünschenswert, daß die Angestellten und Arbeiter in den Betrieben zu diesem Entwurf ebenfalls Stellung nehmen, da die Vorlage der Betriebsbilanz für die Betriebsvertretungen von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Exemplare des Gegenentwurfes können auf Anforderung vom Bureau der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Berlin NW 22, Werftstr. 7, bezogen werden.

„Freie Bahn dem Tüchtigen?“

Mit diesem Wort kündete man während des Krieges den Beginn einer Zeit an, in der nicht Brotkrumen oder Examine, sondern einig und allein die besondere berufliche oder dienstliche Eignung entscheidend sein sollte bei der Besetzung herangezogener Berufsstellungen und behördlicher Dienststellen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß auch dies Wort nur eine leere Phrase war, ein Ausruf der sogenannten Durchhaltetypik.

Die Behörden-Angestellten haben Jahre hindurch für eine ganz minimale Bezahlung dem Staatsdienste geleistet. Mit ihrer tatkräftigen Hilfe war es möglich, die Staatsmaschinen in Gang zu halten. Die Angestellten hatten gezeigt, daß ihre Arbeitskräfte denen der sehangesetzten Beamten gleich waren, so daß sie darüber hinaus in mancherlei Beziehung sogar höher zu bewerten waren, weil eine gewisse größere Beweglichkeit ein Abweichen von rein bürokratischem Standpunkt ihnen die Erledigung ihrer Aufgaben erleichterte. Die Regierung scheint dies aber nicht einzusehen. Sie glaubt, sich jetzt dieser erprobten Mitarbeiter entledigen zu können. Ehemalige Offiziere und Unteroffiziere sollen an die Stelle der eingearbeiteten Angestellten treten, ein Befehl, der sich jetzt bald in einer Verwirrung des behördlichen Geschäftsganges bemerkbar machen wird und außerdem dazu ansetzt, den alten engen Geist in die Amtsstuben wieder hineinzufrachten, welcher gebanni zu sein schon durch die freiere Lebens- und Berufsauffassung der Angestellten. Dieser freie Zug war auch das wirksamste Gegengift für den jetzt wieder mehr und mehr sein Unwesen treibenden Geheimratgeist. Aber gerade dieser freie Zug gefüllt den Vertretern der behördlichen Stellen nicht. Sie wollen ihn beseitigen. Man will die alten früheren Zustände wieder herbeiführen, wo die Angestellten, Hände an die Holenauhi, in Ehrfurcht vor den Vorgesetzten standen. Nicht nur die besonderen Berufsgruppen, welche von den Maßnahmen der Regierung betroffen werden, sondern die gesamte Öffentlichkeit hat schließlich ein Interesse daran, daß die mühsam in eine innere Gangart gebrachte Staatsmaschine nicht wieder ins Stocken gerät. Dies geschieht aber, wenn die Maßnahmen, Offiziere, Unteroffiziere und Zivilbeamten anstelle der Angestellten

